WELT+ UNI WÜRZBURG

# Vorwurf „neurechte Tendenzen“ – Linke Studenten gegen konservative Historiker

Von **Christoph Lemmer**
Freier Mitarbeiter

Stand: 17:23 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Peter Hoeres, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Würzburg

Quelle: Christoph Lemmer

Das Studentenparlament an der Uni Würzburg erhebt Vorwürfe gegen einen Professor und dessen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Worum es konkret geht: unklar. Die Rede ist von der „Neuen Rechten“ und Antisemitismus. Unterstützer der Beschuldigten äußern sich „empört“: Es gebe „keinen einzigen Beweis“.

Zu den Riten im Studentenparlament an der Universität Würzburg gehört es, dass die Redner sich jeweils mit Name, Pronomen und ihren psychischen Leiden vorstellen. So schildert es ein Insider gegenüber WELT.

Am 12. März beschloss dieses Gremium eine Resolution (https://www.uni-wuerzburg.de/fileadmin/99122200/Konvent/2024-25/Sitzung_am_12.03.2025/Beschluss_Gegen_neurechte_Diskursverschiebung_in_der_Lehre.pdf) , die sich gegen „Strukturen der Neuen Rechten“ am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der fränkischen Residenzstadt richtet. Die Uni solle außerdem „Ressourcen und Lehrmittel“ „umwidmen“. Und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter solle eine „eidesstattliche Erklärung“ abgeben, dass er auch nicht unter Pseudonym Artikel für die neurechte Zeitschrift „Sezession“ verfasse.

Seitdem kommt die Uni nicht mehr zur Ruhe. Konkrete und nachprüfbare Vorwürfe sind auch nach tagelangem Nachhaken nicht zu erfahren. Die Uni-Leitung habe eine „Taskforce“ eingesetzt, teilt die Pressestelle auf WELT-Anfrage mit. Darum könne man leider keine Auskünfte in der Sache geben. Wer in der Taskforce sitze und wer über ihre Besetzung entschieden habe? Darauf gibt es dann gar keine Antwort mehr. Auch die Beteiligten schweigen, wie man hört, auf Geheiß der Uni-Leitung.

Die beiden Hauptprotagonisten in der Geschichte sind der Universitätsprofessor Peter Hoeres und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Benjamin Hasselhorn. Aktuell wollen beide sich gegenüber WELT nicht zu der Sache äußern.

Hasselhorn – das ist unstrittig – verfasste vor elf Jahren einen Artikel für die „Sezession“. Ein früherer Lehrer habe ihn darum gebeten, hatte Hasselhorn kürzlich erklärt. In dem Text sei es um die Frage einer „konservativen Revolution“ und die Möglichkeit eines „Tory-Konservatismus“ nach britischem Vorbild gegangen. Er habe die „Sezession“ gar nicht gekannt und später nie wieder für sie geschrieben.

Benjamin Hasselhorn, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Neueste Geschichte

Quelle: Christoph Lemmer

2020 trat er als Gutachter der Unionsfraktion im Bundestags-Kulturausschuss auf. Es ging um die Frage, wie der Hohenzollern-Thronfolger zu den Nazis stand. Hasselhorn trug den Sachstand der historischen Forschung vor und äußerte, vermutlich habe Wilhelm II. die Hitler-Partei unterstützen wollen, dafür aber zu wenig Einfluss gehabt. Die deutschen Konservativen hätten ihm etwa verübelt, dass die Kaiserfamilie ins niederländische Exil ging. Seine Kritiker werfen ihm vor, Wilhelm II. zu unkritisch zu betrachten.

Konkret ist über die Vorwürfe gegen Hoeres und Hasselhorn wenig zu erfahren. Der Beschluss des Studentenparlaments geht auch nicht ins Detail. Das passt zum ganzen Prozedere. Denn eine Kampagne gegen die beiden Historiker läuft offenbar schon seit mehr einem Jahr. Nur haben Hoeres und Hasselhorn davon lange nichts erfahren.

Nur gerüchteweise drang ab und zu etwas durch: Der Lehrstuhl sei zu „rechts“. Es gebe antisemitische Tendenzen. Einmal habe es eine Beschwerde eines Studenten beim Dekanat gegeben. Der habe beklagt, der Holocaust komme beim Lehrstuhl für Neueste Geschichte zu kurz. Allerdings habe sich herausgestellt, dass genau dieser Student zu keiner einzigen Veranstaltung erschienen war und sich dann wieder abmeldete.

Auch auf Nachfrage ist beim Studentenparlament nichts Konkretes zu erfahren. Der Vorsitzende des Gremiums, Jonas Keim, antwortete nur, er habe die WELT-Anfrage „den zuständigen Personen zugeleitet“. Einige Tage später schrieb dann der Vorsitzende des „Studentischen Sprecher*innenrates“, Yannick Bauer, die Uni-Leitung nehme das Anliegen des Studentenparlaments ernst. Man habe auch mit Mitgliedern der „Taskforce“ gesprochen.

Das haben die Studenten den beiden Protagonisten Hoeres und Hasselhorn voraus: Dem Vernehmen nach hatten die beiden bisher keinen Kontakt zur „Taskforce“.

Dafür gab es eine Attacke gegen die beiden von überraschender Seite. Die Würzburger Niederlassung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) veröffentlichte auf Instagram einen Post, der „neurechte Netzwerke“ am Institut von Hoeres behauptete. „Lehrstuhlinhaber und wissenschaftliches Personal“ stünden den Neurechten „nahe“. Initiiert hatte den Post der Würzburger DIG-Vorsitzende Riccardo Altieri, der ebenso wie Keim dem örtlichen Vorstand der Lehrergewerkschaft GEW (https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/gew-kreisverband-wuerzburg-hat-neuen-vorstand) angehört.

Hoeres wandte sich daraufhin an den DIG-Bundesvorsitzenden Volker Beck (Grüne), der dem Vernehmen nach intervenierte und den Post der Würzburger Niederlassung löschen ließ. Beck ließ eine Anfrage von WELT unbeantwortet; Altieri verwies auf seinen Arbeitgeber, die Bezirksregierung von Unterfranken. Deren Pressestelle lehnte jegliche Auskunft ab, aus Datenschutzgründen.

## Unterstützer von Hoeres und Hasselhorn „empört“

Während sich die Urheber der Vorwürfe gegen Hoeres und Hasselhorn wortkarg geben, gehen deren Verteidiger jetzt in die Offensive. Neun wissenschaftliche Mitarbeiter aus Hoeres’ Institut wandten sich in einem Brief an die Uni-Leitung. „Irritiert und empört haben wir aktuellen und ehemaligen Hilfskräfte des Lehrstuhls für Neueste Geschichte die massiven Vorwürfe zur Kenntnis genommen, die am 12. März im Studentenparlament gegen unseren Lehrstuhlinhaber und seinen Assistenten erhoben wurden.“ Die Vorwürfe seien „haltlos“, es gebe „keinen einzigen Beweis“.

In einem weiteren Schreiben an Universitätspräsident Paul Pauli loben wissenschaftliche Mitarbeiter Hasselhorn als „hochqualifizierten und bei den Studierenden außerordentlich geschätzten Kollegen“. Die „Beschwerdeführer“ im Studentenparlament hätten sich auf nichts anderes stützen können als auf einen „elf Jahre alten Aufsatz, den sie auch noch falsch wiedergeben“. Die Behauptung, es gebe eine „metapolitische Diskursverschiebung“, werde nur „blumig behauptet“. Auch dafür hätten die Beschuldiger keinen Beweis vorgelegt.

Unter den Motiven für die Kampagne gegen Hoeres und Hasselhorn könnte auch ein finanzielles sein. WELT erfuhr, dass es an der Uni Bestrebungen gebe, Lehramtsstudenten in Geschichte künftig am Fachbereich Pädagogik auszubilden und nicht mehr bei den Historikern. Das würde auch zu der Forderung des Studentenparlaments passen, Ressourcen umzuwidmen.

NEWSLETTER

**POLITIK**

Jeden Morgen gegen halb zehn bekommen Sie wichtige politische Nachrichten bequem in Ihr E-Mail-Postfach – mit dem kompakten Politik-Newsletter von WELT.

ABONNIEREN

ZUR NEWSLETTERVERWALTUNG

Die Unileitung bestritt auf Nachfrage, dass es derartige Pläne gebe. Ansonsten war von dort nur zu hören: Hasselhorn sei gebeten worden, „sich zu seinen Veröffentlichungen zu äußern“. Auf weitere Fragen von WELT ging die Universität nicht ein.

***Christoph Lemmer*** (/autor/christoph-lemmer/) ***berichtet für WELT als freier Mitarbeiter vor allem über die Politik in Bayern.***

## WEITERE THEMEN

**Cancel Culture** **Würzburg** **Studenten** **Hochschulen** **Linksextremismus** **Rechtsextremismus** **Studium**

© WeltN24 GmbH 2025 Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen https://epaper.welt.de